

Die DKP ist die gefährlichste Form des Radikalismus

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 28. Januar 1975 einen Bericht über die rechts- und linksradikalen Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1974 vorgelegt. Sie begründete das damit, daß die Bundesregierung seit Jahren den Bericht des Verfassungsschutzes mit solcher Verzögerung (7 bis 24 Monate) vorlegte, daß er bis dahin seine aktuelle Bedeutung verloren hatte; daß die Berichte der Bundesregierung in den letzten Jahren besonders für den Bereich des orthodoxen, moskautreuen Kommunismus derart „geglättet“ waren, daß ihre Aussagekraft ständig abnahm. Der folgende Auszug gibt einige der wichtigsten Feststellungen und Wertungen wieder.

Linksradikalismus

Der orthodoxe Kommunismus Moskauer Prägung, der durch die DKP verkörpert wird, ist gegenwärtig und auf absehbare Zeit die gefährlichste Form des Linksradikalismus. Die DKP unterscheidet sich nicht in den Zielen von den „Neuen Linken“, wie den Maoisten, Trotzlisten und Anarchisten. Der Unterschied besteht vielmehr in der Methode: die Gruppierungen der „Neuen Linken“ bekennen sich offen zu ihren Zielen und der Anwendung von Gewalt.

Die DKP dagegen gibt sich formal verfassungstreu, um unter Ausnutzung verfassungsmäßiger Rechte an der Abschaffung dieser Rechte ununterbrochen zu arbeiten. Dies entspricht den Lehren Lenins.

Die gewalttätig auftretenden Gruppen der „Neuen Linken“, die fast alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland gegen sich haben, einschließlich der Anhänger der DKP, stellen auf lange Sicht die geringere Gefahr dar.

Dagegen befinden sich die DKP und ihre Hilfsorganisationen in einem recht lautlosen aber sicheren Vormarsch. Trotz ihrer Wahlniederlagen, auf die Bundesregierung und Koalition immer wieder gern und nachdrücklich verweisen, hat die

DKP mit ihren Bemühungen um Bündnispartner, Infiltration und faktische Anerkennung als „Ordnungsmacht“ am linken Rand des Parteienspektrums, besonders in den beiden letzten Jahren, große Erfolge erzielt. Diese Erfolge wurden begünstigt durch eine gewachsene „Aufgeschlossenheit“ für die DKP in Gruppen, die zur politischen Linken zählen.

■ Sie ist gekennzeichnet durch eine, dank intensiver Agitation im Bewußtsein weiter Kreise durchgesetzte „politische Spektralverschiebung“, bei der Kommunisten als „kritische Demokraten“ und christlich demokratisch orientierte Studenten oder Gewerkschaftler als „Rechtsradikale“ oder „Reaktionäre“ erscheinen.

Das Fortschreiten dieser Entwicklung kann ernste Folgen haben, zumal es sich bei der DKP um eine gut organisierte, an Mitgliedern starke Kader- und Agitationspartei handelt, die von Ost-Berlin und Moskau fernfinanziert wird. Die orthodoxen Kommunisten haben ihre Mitgliederzahlen erhöht und ihre Organisationen stabilisiert. Die Mitgliederzahl der DKP hat die 40 000er-Marke nicht unerheblich überschritten (1969: 23 000; 1973: 39 300).

Die DKP bewegt sich auf der ideologischen und politischen Linie der SED und bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin als Richtschnur ihres Handelns. Das bekräftigte der DKP-Vorsitzende Mies bei seinem Treffen mit dem 1. Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, am 5. November 1974. Mies verwies dabei „auf die große Bedeutung, die der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus und Kommunismus . . . in der DDR . . . auch für den Kampf der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik besitzt“. — „Der offene und herzliche Meinungsaustausch bestätigte die **völlige** Übereinstimmung in **allen** behandelten Fragen.“ Die DKP kämpft, in der Tradition der verbotenen KPD, für die sozialistische Revolution (von ihr meist verschleiern als „sozialistische Umwälzung“ bezeichnet) und für die Diktatur des Proletariats (in der Regel mit den Schlagworten „Herrschaft“ [Macht] der „Arbeiterklasse“ umschrieben).

■ Für ihre Parteiarbeit stehen der DKP erhebliche Geldmittel aus DDR-Quellen zur Verfügung: rund 30 Mill. DM jährlich für den Parteiapparat, weitere rund 70 Mill. DM jährlich für ihre Hilfsorganisationen, Verlage, Druckereien usw.

Auch 1974 hieß eine der wichtigsten Parolen der DKP: „wir wirken unermüdlich für die Aktionseinheit“ (die Zusammenarbeit von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern). Ansätze zu solcher Aktionseinheit sieht die DKP in der SPD vor allem bei den „linken Kräften“ und denen, „die sich am Marxismus zu orientieren versuchen“; dazu werden vor allem die auf 5 000 bis 8 000 bezifferten Anhänger der „Stamokop“-Theorie (staatsmonopolistischer Kapitalismus) unter den Jungsozialisten gerechnet; wie überhaupt alle Sozialdemokraten, die sich für die Idee der Klassengesellschaft und gegen die Idee der Gruppengesellschaft entschieden haben („Neues Deutschland“ vom 9. April 1974).

Die Bemühungen der DKP und ihrer Hilfsorganisationen, Sozialdemokraten für gemeinsame Aktionen zu gewinnen, hatten auf vielen Ebenen zunehmenden Erfolg. Obwohl der SPD-Vorstand die Abgrenzung der SPD gegenüber der DKP und die Absage an „Aktionseinheiten“ 1974 erneuerte, gab es sowohl aus dem Bundesvorstand der Jungsozialisten (vgl. z. B. Juso-Bundesinformation 17/74) als auch aus deren Bezirken (z. B. SPD und Doppelstrategie, Thesen zur Position der Jungsozialisten im Bezirk Hannover) nachdrückliche Unterstützung für die „Aktionseinheit“.

Zu praktischer Zusammenarbeit, an der sich neben jüngeren Sozialdemokraten auch Funktionäre der mittleren Ebene und einzelne Parlamentarier (z. B. Walkhoff MdB und Bünemann MdL) beteiligten, kam es vor allem bei der Kampagne gegen „Berufsverbote“, bei der Bewegung für „Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“. Bundesminister Egon Bahr unterstützte eine „Solidaritätsaktion“ der DKP-gesteuerten „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ mit Mitteln seines Ministeriums.

Loderer: Die DKP ist bei uns zu Hause

Gegenüber den Gewerkschaften gilt für die DKP:

■ „Man muß . . . zu allen und jeden Opfern entschlossen sein und sogar — wenn es sein muß — zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten“. (Lenin)

„Die DKP vertritt weitergehende Ziele als die Gewerkschaften. Sie sagt, daß durch Reformen die unversöhnlichen Klassengegensätze nicht harmonischer sind“ (Marxistische Blätter, Heft 3, 1974). Gewerkschaftlicher Kampf ist für sie Klassenkampf. Dessen Ziel aber „ist eine grundlegende Umwälzung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse, oder mit einem anderen Wort ausgedrückt: sie ist eine Revolution“ (Gerns 5. PV-Tagung Oktober 1974).

In keiner Einzelgewerkschaft wurden die für NPD-Mitglieder und Angehörige der „Neuen Linken“ bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf DKP-Mitglieder ausgedehnt. Andererseits bekräftigte die IG Metall: „Die Deutsche Kommunistische Partei, die als eine legale Partei in der Bundesrepublik die Plattform für den Arbeiter hat, ist genau wie andere Parteien in dieser Einheitsgewerkschaft zu Hause, und zwar so lange, wie sie gemäß unseren gewerkschaftlichen Grundsätzen in unserer Einheitsorganisation arbeitet“ (Eugen Loderer, 11. IGM-Tag, September 1974).

Nach der Überzeugung der DKP beginnen „vor allem junge Menschen in wachsendem Maße über die Alternative zum kapitalistischen Krisensystem nachzudenken und die Vorzüge des Sozialismus zu erkennen“. Die DKP will ihre Grundsätze und Ziele „unter jungen Arbeitern, Schülern und Studenten“ noch intensiver als bisher verbreiten. Deshalb gilt für die DKP: „Neben die Unterstützung von SDAJ und MSB Spartakus muß die der Jungen Pioniere treten“ (UZ vom 5. 11. 1974).

Die „Jungen Pioniere“ (JP), eine „sozialistische Organisation der Kinder des werktätigen Volkes der Bundesrepublik Deutschland“ brachten es in ihrem Gründungsjahr auf 141 örtliche Gruppen. Formal sind sie zwar keine Jugendorganisation der DKP, doch bestätigen Gründungsvorgang und die politische Ausrichtung eben diese Funktion (dazu G. Langguth, Klassenkampf im Sandkasten — „Junge Pioniere“ — Kinderorganisation der DKP, als Manuskript gedruckt, Bonn November 1974). Die JP sind Mitglied im kommunistischen „Weltbund der Demokratischen Jugend“. Sie fühlen sich verbunden „mit den Lenin-Pionieren der Sowjetunion und den Thälmann-Pionieren der DDR“ (DKP-Vorsitzender Mies).

Erhebliche Mitgliedergewinne

Die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) hatte bereits im Mai 1974 nach eigenen Angaben 27 442 Mitglieder (1970 : 1 000; 1973 : 24 500) in 500 Gruppen, 142 (1973 : 104) davon in Nordrhein-Westfalen. Die SDAJ versteht sich selbst in Übereinstimmung mit der DKP als deren Jugendorganisation und betont „das enge Kampfbündnis der Arbeiterjugend mit der Partei der Arbeiterklasse, den Bund der SDAJ mit der DKP“. Die DKP sieht in der SDAJ das Instrument, um wachsende Teile der Jugend für ihre Ziele zu gewinnen.

Der „Marxistische Studentebund Spartakus“ (MSB) „weiß sich der DKP durch die gemeinsame marxistische Theorie, das sozialistische Ziel und die gemeinsame antimonopolistische Orientierung im Hochschulkampf solidarisch verbunden“ (Grundsatzerklärung des MSB).

Im Februar 1974 hatte der MSB bereits 4 428 Mitglieder (1970 : 1 000; 1971 : 2 000; 1972 : 2 500; 1973 : 3 500). Durch die Aufnahme weiterer Gruppen ist deren Zahl bis Ende 1974 auf 150 angewachsen. Der MSB Spartakus hat damit seine Stellung als stärkster linksradikaler Studentenverband ausgebaut.

Der MSB sieht in der Tatsache, daß heute an den Hochschulen weniger von „Revolution“ die Rede ist, statt dessen mehr Studenten das Bedürfnis sehen, „die fortlaufende Verschlechterung der sozialen Lage und der Studienbedingungen aufzuhalten“, neue Möglichkeiten, die „von uns genutzt werden müssen und können, um breite Kreise der Studenten für gut überlegte und gut vorbereitete Aktionen zu gewinnen“ (stellv. Vors. Görke).

Der Sozialistische Hochschulbund, dem 3 200 (1973: 3 000) Mitglieder in über 80 Hochschulgruppen angehören, präsentiert sich als „fester Bestandteil der demokratischen und antiimperialistischen Bewegung mit einem „einheitlichen marxistischen Programm“, der „die Praxis der Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten offensiv“ vertritt.

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages sprach sich im Januar 1975 auf Antrag der CDU/CSU, trotz einer Intervention von Mitgliedern des SPD-Vorstandes und des Parteirates, gegen eine weitere Förderung des SHB aus Mitteln des Bundesjugendplanes aus.

Die in mindestens 16 AStA-Koalitionen zusammenarbeitenden MSB Spartakus und SHB haben ihre Position fast gehalten. Im Verhältnis zu ihren Mandaten in Studentenparlamenten sind sie weiterhin in Allgemeinen Studentenausschüssen weit überrepräsentiert. Sie verdanken das der Tatsache, daß andere linke Studentengruppen in aller Regel nur mit ihnen oder untereinander koalieren, unter keinen Umständen aber mit nicht zur Linken zählenden Gruppen.

Die „Neue Linke“ für bewaffneten Kampf

Typisch für die Gruppen der „Neuen Linken“ ist, im Unterschied zum „Legalismus“ der orthodoxen Kommunisten, ihre verbale und praktizierte Aggressivität gegen die Verfassungsordnung des freiheitlichen Rechtsstaates. Sie erklären offen ihre Absicht, diese Ordnung „im bewaffneten Kampf“ zu zerschlagen. Auch eine Reihe von Gruppen der „Neuen Linken“ erzielte zum Teil erhebliche Mitgliedergewinne. Der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW) konnte sich schon im 1. Quartal 1974 um ca. 30 % verstärken (April 1974: 1 200; 1973: 900) und die Auflage seiner „Kommunistischen Volkszeitung“ 1974 auf über 50 000 (1973: 35 000) steigern.

Während Studentengruppen der „Neuen Linken“ bei den Wahlen zu den Studentenvertretungen im Sommersemester 1974 z. T. erhebliche Verluste erlitten (bis zu $\frac{1}{3}$ ihres Bestandes) konnten KPD, KPD/ML und KBW den von ihnen erhobenen Anspruch auf den Status einer Partei erstmals durch die Teilnahme an allgemeinen Wahlen untermauern. Gleichzeitig setzten sie ihre Agitation für die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ fort und blieben weitgehend bei ihrer konspirativen Arbeit. Gruppen der „Neuen Linken“ beteiligten sich auch 1974 an gewalttätigen Aktionen, z. B. in Frankfurt, Duisburg und Berlin. Zu den Terrorakten der Baader-Meinhof-Bande haben die Gruppen der „Neuen Linken“ ein differenziertes Verhältnis. Während die KPD/ML die „Hinrichtung Drenkmanns“ zwar nicht als hilfreich „auf dem Weg zur Revolution“ ansah, aber doch den darin zum Ausdruck gekommenen „Klassenstandpunkt“ pries, sprach die DKP von einer „konterrevolutionären Handlung wildgewordener Kleinbürger“.

Rechtsradikalismus

Der deutsche Rechtsradikalismus leidet weiter an Auszehrung. Er hat seine organisatorische Zersplitterung nicht überwinden können. Die Entwicklung des Jahres 1974 hat bewiesen, daß rechtsradikale Gruppierungen und Aktionen gegenwärtig keinen Nährboden in der Bundesrepublik finden. Weder der Ölschock noch die wirtschaftliche Fehlentwicklung haben der radikalen Rechten in der Bevölkerung Auftrieb gegeben. Selbst daß Anschwellen der Arbeitslosenquote auf 1 Mill. hat nicht zu einer stärkeren Radikalisierung von rechts geführt. Die NPD als Eckpfeiler des rechten Lagers ist, wie die Wahlergebnisse ausweisen, auch auf Landes-

und Kommunalebene in den Rang einer Splitterpartei ohne jeden politischen Einfluß zurückgefallen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß 1974 eines der schwärzesten Jahre für den Rechtsradikalismus überhaupt war. Er bildete im Berichtsjahr keine Gefahr für die Demokratie und die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Leere Kassen, Zersplitterung

Wichtigste Organisation der „Alten Rechten“ ist die NPD. Trotz der anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens durchgeführten Werbeaktion hat sie nur 12 000, allenfalls 14 000 Mitglieder (1969 noch 28 000). Die Partei ist hochverschuldet. Bei den Landtags- und Bürgerschaftswahlen des Jahres 1974 übersprang sie lediglich einmal die 1 %-Marke (Bayern: 1,1 %, Hessen 1,0 %, Hamburg 0,8 %, Niedersachsen 0,6 %). Bei den Kommunalwahlen verlor sie letzte Bastionen; z. B. büßte sie in den Kreistagen und Stadträten von Rheinland-Pfalz alle Mandate (26) ein.

Auch der „Freiheitliche Rat“, ein loser Verband mehrerer Splittergruppen unter dem Verleger Dr. Gerhard Frey, blieb mit seinen wenigen Auftritten ohne Widerhall. Bemerkenswert ist hier eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Es hat in dem Verfahren wegen Verwirkung von Grundrechten ausdrücklich erklärt, daß gegenwärtig von Frey und seiner „Deutschen National-Zeitung“ — immerhin dem lautesten und auflagenstärksten Organ des Rechtsradikalismus — keine ernsthafte Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgeht (Beschluß vom 2. Juli 1974 — 2 BvA 1/69). Der Versuch einer Annäherung Freys an die NPD ist mißlungen, so daß die Hauptexponenten der „Alten Rechten“ weiter getrennten Lagern angehören.

Von der wichtigsten Gliederung der aktionistischen „Neuen Rechten“, der „Aktion Neue Rechte“ des NPD-Dissidenten Dr. Siegfried Pöhlmann, hat sich eine „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation / Die Sache des Volkes“ abgespalten. Von beiden Gruppen sind keine wesentlichen Impulse ausgegangen.

Die Zahl der Ausschreitungen und Gewalttaten aus rechtsradikalen Motiven hat sich — wie schon 1972 und 1973 — erneut verringert. Wiederholt wurde gegen rechtsradikale Personen und Vereinigungen vorgegangen. So wurde in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz eine Gruppe ausgehoben, die im März, April 1974 in Göttingen und Mainz u. a. jüdische Friedhöfe geschändet und einen Brandanschlag verübt hatte.

Die Alliierte Kommandatur untersagte der NPD und ihren Organisationen in Berlin die Teilnahme an der Wahl zum Abgeordnetenhaus und bis dahin jede öffentliche Tätigkeit (BK/0 74/10 vom 30. August 1974). Mehrere Personen sind aus dem öffentlichen Dienst entfernt worden. Gegen Günther Deckert, den Vorsitzenden der „Jungen Nationaldemokraten“, betreibt der Kultusminister von Baden-Württemberg ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung Deckerts aus seinem Amt als Oberstudienrat.

Wegweiser im Nebel der Steuerreform

STICHWORT: Flickwerk

Die CDU wollte Teilentlastung sofort in 1974 (Inflationsentlastungsgesetz) und eine echte Reform in Ruhe und ohne Zeitdruck beraten, um Unzulänglichkeiten zu verhindern. Die gleichen Bedenken gegen die Regierungsvorstellungen hatten Steuerexperten und selbst die Finanzverwaltung. Vorschnell jagte die SPD/FDP-Koalition diese angebliche Reform durch die Gesetzesmaschinerie. Das „Jahrhundertwerk“ blieb auf der Strecke.

STICHWORT: Entlastung des Steuerzahlers durch die CDU

1. Forderung des Steuerparteitages der SPD, Hannover 1971: Steuermehreinnahmen des Staates von 9 Mrd. DM.
(Ziel: Ausweitung der Staatsfinanzen)
2. Inflationsentlastungsgesetz der CDU 1973: Entlastung: rd. 8 Mrd. DM.
3. Daraufhin erste Revidierung der Steuerpläne durch die Bundesregierung: Entlastung: rd. 10,7 Mrd. DM.

FAZIT:

Abbau der heimlichen Steuererhöhungen durch die CDU, nicht Ausweitung der Staatsfinanzen (SPD).

Urheber der „Steuerreform“: Bundesregierung unter den Finanzministern Schmidt und Apel.

Ablehnung des Einkommensteuerreformgesetzes der CDU/CSU im Finanzausschuß, Bundestag und Bundesrat.

Kompromiß im Vermittlungsverfahren, um die inflationsbedingten heimlichen Steuererhöhungen endlich abzubauen, trotz bestehender Bedenken.

FAZIT:

Die SPD/FDP trägt die politische Verantwortung.

STICHWORT: Steuergerechtigkeit

Bundeskanzler Schmidt und mit ihm alle SPD-Ideologen mußten in einem Punkt einen schweren Mißerfolg einstecken; denn CDU und CSU haben eine Änderung bei den Sonderausgaben und bei dem Arbeitnehmerfreibetrag verhindert und damit die Steuerentlastung etwas dauerhafter und das Steuerrecht weniger leistungs- und aufstieghemmend gestaltet. Nach den Vorstellungen der SPD wären die Steuerzahler noch stärker in den Würgegriff der Progression (Progressionssprung von 22 % auf 30,4 %) geraten. Dies war von der SPD durchaus beabsichtigt.

STICHWORT: Verschwendung

Die SPD/FDP-Koalition gab im Herbst letzten Jahres für Anzeigen, Flugblätter und Broschüren zur Information über die Steuerreform und Kindergeldregelung rd. 5,87 Mill. DM aus. In diesen Tagen wird eine erneute millionenschwere Kampagne angekurbelt. Ziel: Die Bürger mehr zu verwirren als aufzuklären. Rechenbeispiele nur für Steuerexperten verständlich.

STICHWORT: Soziale Härtefälle

Der größte Teil der Steuerzahler hat durch das neue Gesetz tatsächlich Steuervorteile: viele jedoch erst im nächsten Jahr nach dem Jahresausgleich, das verschweigt die Regierung.

Schlechter stehen sich:

- Ehepaare, die beide berufstätig sind,
- Kranke, die auf Diätverpflegung angewiesen sind,
- Väter mit unehelichen Kindern und Geschiedene,
- Witwer durch Wegfall des sogenannten Witwen-Splitting,
- ältere Arbeitnehmer über 50 Jahre, um nur die größten sozialen Härtefälle zu nennen.

Die Mahnungen der CDU zeigen sich deutlich: Die Reform ist reformbedürftig.

FAZIT:

Die CDU fordert Überprüfung durch ein unabhängiges Sachverständigen-gremium, um die größten Unzulänglichkeiten der SPD/FDP-Reform zu beseitigen.

Bundeskanzler Schmidt und Finanzminister Apel lehnen eine Änderung ab.